

ZEIT, ZUSAMMEN ZU HALTEN.

NUR GEMEINSAM KOMMEN WIR DURCH DIE KRISE!

Doppelwumms und Gaspreisbremse – ver.di-Positionen zu den Entlastungsplänen der Bundesregierung

Mit einem Abwehrschirm will Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Bürger*innen vor steigenden Energiepreisen schützen und kündigte am 29. September einen 200-Milliarden schweren „Doppelwumms“ an. Bei der Gelegenheit wurde auch die umstrittene Gasumlage einkassiert. Die von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) beauftragte Expert*innenkommission Gas Wärme sollte schnellstmöglich Vorschläge für die Ausgestaltung einer Gaspreisbremse machen. Am 10. Oktober hat die Kommission geliefert und einen Zwischenbericht der Bundesregierung übergeben. ver.di fordert seit Monaten eine Energiepreisbremse, leider hat sich die Bundesregierung erst jetzt auf den Weg gemacht, dadurch ist wertvolle Zeit verstrichen. Denn die Umsetzung der Regelungen durch die Stadtwerke und die anderen Energieversorger braucht einen erheblichen Vorlauf. Die eigentliche Bremse tritt daher erst im März nächsten Jahres in Kraft, sie gilt für Gas und für Fernwärme. Zur Überbrückung der Monate bis März sieht der Vorschlag vor, dass zunächst einmalig die Kosten für den Abschlag in diesem Dezember entfallen. Ab März 2023 sollen den Privathaushalten dann 80 Prozent des Gasverbrauchs von 2021 zu 12 Cent pro Kilowattstunde (kWh) in Rechnung gestellt werden, die restlichen 20 Prozent zu den dann geltenden Marktpreisen. Dieser wird – so die

Annahme zum Zeitpunkt der Beratungen der Expert*innenkommission – im kommenden Jahr bei durchschnittlich 22 Cent pro kWh liegen. Für Fernwärme gelten gesonderte Werte. Dass es jetzt überhaupt zu einem Preisdeckel für Gas und Fernwärme kommt, ist das Ergebnis politischen Drucks durch die Gewerkschaften. Frank Werneke ist eines der 20 Mitglieder der Kommission. Soweit es unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen in der Kommission möglich war, konnten viele für ver.di wichtige Punkte durchgesetzt werden. Weitergehende Anforderungen hat unser Vorsitzender in einem Sondervotum in den Abschlussbericht der Kommission eingebracht.

Ab jetzt liegen die Vorschläge in der Verantwortung des Parlaments. Es geht nun darum für eine Umsetzung zu arbeiten, die so sozial gerecht wie möglich ist:

- Dass die Gaspreisbremse kommt, war unsere Forderung und ist ein Erfolg. Allerdings kommt sie erst, wenn der Winter fast vorbei ist. Das wird bis dahin viele unserer Mitglieder finanziell überfordern. Es reicht aber nicht aus, bis dahin nur eine Abschlagszahlung zu übernehmen. Die Bundesregierung muss den Menschen eine breitere Brücke über die Wintermonate bauen und statt einer Monatsrechnung weitere Abschlagszahlungen übernehmen.



- Der Preis von 12 Cent pro kWh für 80 Prozent des Verbrauchs von 2021 bei der vorgeschlagenen Gaspreisbremse ist Menschen mit niedrigen und durchschnittlichen Einkommen immer noch zu hoch. Deshalb sollte es für einen Grundverbrauch von 4.000 kWh einen nochmals abgesenkten Preis geben. Orientiert am Durchschnittspreis vor dem Beginn des Krieges, das sind 7 Cent pro kWh.
- Die Gaspreisbremse in der vorgeschlagenen Form macht keinen Unterschied zwischen den Bewohner*innen einer Zweizimmerwohnung und einer Villa mit Pool, jeweils werden unbegrenzt 80 Prozent des Verbrauches subventioniert. Statt Wohlhabenden tausende von Euro zu überweisen, sollten die vorhandenen Mittel gezielt für die Menschen mit niedrigen bis durchschnittlichen Einkommen eingesetzt werden. Denn sie sind diejenigen, die die steigenden Energiekosten nicht stemmen können! Ein Grundkontingent für jeden Haushalt und ein Deckel für die Villenbesitzer erfordert die Erhebung zusätzlicher Daten und sollte deshalb so schnell wie möglich umgesetzt werden. Der Start der Gaspreisbremse zum 1. März bleibt davon unberührt.
- Die Bundesregierung hat mit dem dritten Entlastungspaket am 4. September auch eine Strompreisbremse angekündigt, die kommen soll, wenn klar ist, wann und wie die Zufallsgewinne abgeschöpft werden. Rechnungen warten aber nicht, sondern müssen bezahlt werden. Angesichts steigender Strompreise braucht es jetzt Tempo für wirksame Bremsmechanismen. Die Menschen sorgen sich zu recht, wie sie mit den Belastungen in den kommenden Monaten klarkommen sollen und sie brauchen auch beim Strompreis eine Antwort!
- Die Expert*innenkommission will, dass für soziale Dienstleister wie Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Reha-Kliniken ein Hilfsfonds eingerichtet wird. Denn soziale Einrichtungen können den teureren Gaspreis nicht finanzieren und die Heizung abdrehen geht schon gar nicht. Der Hilfsfonds ist also eine sehr gute Sache. Er muss jetzt aber auch mit so vielen finanziellen Mitteln ausgestattet werden, dass die Einrichtungen und die ihnen anvertrauten Menschen gut durch die Krise kommen.

[Solidarisch durch die Krise – ver.di \(verdi.de\)](https://www.verdi.de)

**ZUSAMMENHALT IST UNSER ERFOLGSREZEPT.
DAFÜR BRAUCHEN WIR DICH UND DEINE
KOLLEG*INNEN!**